

# »Integrationsfeindlicher Unsinn«

Nach Entscheidung des BAMF dürfen nur noch Asylbewerber aus zwei Staaten Deutsch lernen

Wenn bald Eritreer besser Deutsch können als schon länger im Land lebende Somalier, liegt das daran, dass man im Bundesamt für Asyl und Migration nicht rechnen kann.

Von Marina Mai

Bei der Integration von Asylbewerbern geht die Bundesregierung einen weiteren Schritt rückwärts. Nur noch Menschen aus Syrien und Eritrea haben neuerdings kurzfristigen Anspruch auf einen Deutschkurs. Alle anderen müssen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – bis zum Ende ihres Asylverfahrens warten, bis sie anfangen dürfen, Deutsch zu lernen und berufliche Qualifikationen zu erwerben. Bis dahin können oft Jahre vergehen, während derer sie zum Nichtstun verdammt sind.

Diese seit August bestehende Neuregelung erinnert an die Situation vor 2015. Bis dahin waren Menschen generell von vom Bund finanzierten Deutschkursen ausgeschlossen, solange ihr Asylverfahren andauerte. Aus diesem Grund sprechen auch ehemalige Asylsuchende, die schon länger in Deutschland leben, teilweise bis heute kaum Deutsch. Bekamen sie dann nach Jahren Bleiberecht, ohne dass ihr Asylantrag akzeptiert wurde – etwa über eine Allfallregelung –, dann mussten sie so schnell wie möglich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Das Ergebnis waren oft prekäre Selbstständige in Handel oder Gastronomie, die neben Arbeit und Familie keine Zeit mehr hatten zum Deutschlernen.

Ab 2015 ermöglichte der Bund Asylsuchenden aus Staaten mit einer sogenannten guten Bleibeperspektive Deutschkurse bereits während des Asylverfahrens. Zu diesen Staaten zählten damals neben Syrien und Eritrea auch Iran, Irak, Somalia und vorübergehend auch Afghanistan. Viele Neuankommlinge aus diesen Herkunftsländern sprechen heute besser Deutsch als beispielsweise ehemalige Asylbewerber aus Vietnam, der Türkei oder Tschetschenien, die seit 20 Jahren in Deutschland leben.

Diesen August stutze das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) dann plötzlich die Liste der Herkunftsländer, denen es eine »gute Bleibeperspektive« attestiert, auf zwei Staaten zusammen: Syrien und Eritrea. Nur noch Asylbewerber aus diesen Ländern dürfen sofort nach der Ankunft in Deutschland Sprachkurse besuchen. BAMF-Sprecher Stefan von Borstel begründet das auf Nachfrage so: Die Schutzquote der Asylsuchenden aus anderen Staaten liege unter 50 Prozent. Mit dieser Bleibeperspektive hätten sie keinen Anspruch auf einen Deutschkurs.

Flüchtlingsorganisationen kommen zu anderen Ergebnissen. Um zu berechnen, wie viel Prozent der Antragsteller Schutz erhalten, berücksichtigen sie nur Asylverfahren, die nicht vorzeitig abgebrochen werden.

Ziehen Menschen ihren Antrag zurück, etwa weil sie in Deutschland heiraten, gehören sie nicht mehr in die statistische Gruppe der Asylsuchenden. Rechnet man sie heraus und legt die niedrigere Gesamtzahl zugrunde, ergibt sich für Somalia eine deutlich höhere Schutzquote von 67 Prozent, für Afghanistan von 63 Prozent, für Irak von 53 Prozent und für die Türkei von 51 Prozent. Auch für viele abgelehnte Asylbewerber aus Iran – christliche Konvertiten, deren Zahl allein in Berlin und Brandenburg eine vierstellige ist – zeichnet sich derzeit eine Bleiberechtsregelung ab. Dafür macht sich sogar der langjährige Fraktionschef der Union im Bundestag, Volker Kauder, stark.

Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ulla Jelpke, kritisierte die Kürzung der anspruchsberechtig-

*Faktisch bleiben mehr Menschen in Deutschland als jene, denen der Bund eine gute Bleibeperspektive zuschreibt.*

ten Länder für Deutschkurse als »integrationsfeindlichen Unsinn«. Die Berechnung des BAMF sei zudem unseriös, da sie Korrekturen ablehnender Bescheide durch Gerichte außer Acht lasse. »Faktisch bleiben viel mehr Menschen dauerhaft in Deutschland als jene, denen das Bundesamt eine gute Bleibeperspektive zuschreibt«, so Jelpke. Sie sollten von Anfang an Zugang zu Integrationsmaßnahmen haben.

Auch die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl bemängelt in einer Mitteilung: »Wertvolle Zeit zur Integration geht verloren.« Verwehre man Asylbewerbern den Zugang zu Sprachförderung und anderen Qualifikationsmaßnahmen, ersticke das »jede Eigeninitiative und Selbsthilfe« im Keim und verfestige damit die Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung. Zahlreiche Menschen, die nicht in die Kategorie »gute Bleibeperspektive« sortiert werden, so Pro Asyl, »erhalten später eben doch einen Schutzstatus oder bleiben aus vielerlei Gründen zumindest für eine längere Zeit in Deutschland.«

Kritik kommt ebenso aus den Bundesländern. »Wir werden den Bund zu einer Öffnung seines Angebots drängen«, sagte Berlins Integrationsbeauftragte Elke Breitenbach (LINKE) dem »nd«. Auf der Integrationsministerkonferenz im April habe man sich dazu verständigt. Einige Bundesländer wie Berlin haben eigene Sprachkurse und Integrationsangebote für diejenigen Asylbewerber, die von den Kursen des Bundes ausgeschlossen sind«, erklärte Breitenbach. Dies solle »den dringend notwendigen Spracherwerb sofort nach der Einreise ermöglichen.«



Deutschunterricht in einer Flüchtlingsunterkunft

Foto: Alamy/franky242

## Malteser betonen das Miteinander

Hilfsorganisation stellte ihren zweiten Migrationsbericht vor und fordert »neuen Schwung für die Integration«

Die Integration von Migranten in Deutschland kommt voran – vor allem was den Arbeitsmarkt betrifft. Zu diesem Schluss kommt der Migrationsbericht der Malteser.

Von Markus Drescher

In Zeiten immer noch hitzig bis heterisch geführten Debatten einen nüchternen Blick auf die Einwanderung nach Deutschland werfen will der katholische Malteser-Hilfsdienst. Dessen Beauftragter für den nach 2017 am Mittwoch zum zweiten Mal erschienenen Migrationsbericht, Karl Prinz zu Löwenstein, erklärt, es sei der Anspruch, »mit dem Migrationsbericht den Fakten Raum zu geben und sich nicht von Stimmungen leiten zu lassen.«

Für einen der immer wieder auch emotional diskutierten Aspekte der Migration, die Integration in den Arbeitsmarkt, konnten Zahlen präsentiert werden, die besser ausfallen als

erwartet. So erklärte Lars Feld, Direktor des Walter Eucken Instituts in Freiburg und Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (die sogenannten Wirtschaftsweisen), der federführend für den wissenschaftlichen Teil des Berichts verantwortlich ist: »Wir waren beispielsweise im Sachverständigenrat für Wirtschaft davon ausgegangen, dass es relativ lange dauert.« Die Migranten, die 2015 und 2016 ins Land kamen, seien häufig gering qualifiziert gewesen und hätten zunächst Deutsch lernen müssen. Während 2016 noch etwa die Hälfte der Schutzsuchenden arbeitslos gewesen sei, sei es zwei Jahre später noch ein Drittel gewesen. Dazu habe auch die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt beigetragen.

Dem Bericht zufolge hat sich auch die Zahl der Menschen aus den acht wichtigsten Herkunftsländern Schutzsuchender, die sozialversi-

cherungspflichtig beschäftigt sind, seit 2017 mehr als verdoppelt. Im April waren es demnach rund 312 000 Menschen. Die Chancen, einen Job zu bekommen, seien dabei besser für Menschen mit guten Aussichten auf einen längerfristigen Aufenthalt in Deutschland.

Löwenstein warnte davor, »aufgrund der kleiner werdenden Zahl von Immigrierenden einfach zum Alltag überzugehen«. Und fordert, da sich aus seiner Sicht der Fokus in der politischen Diskussion zu einseitig auf das Grenzregime richte, »neuen Schwung für die Integration«. Priorität müsse jetzt die Integration der bereits Angekommenen bekommen. Der Bericht mache deutlich, dass Einwanderung nicht nur Risiken, sondern auch Chancen bringe. Für eine langfristige und nachhaltige Integration sei die »Integration mittels Identifikation« entscheidend, so Löwenstein. Zugewanderte müssten sich zugehörig

fühlen können und auf eine offene ansässige Bevölkerung treffen. »Es braucht Begegnung und Leben mit Deutschen.« Als gutes Vorbild nannte er die ehrenamtlichen »Integrationslotsen« der Malteser, die in mehr als 90 Städten und Gemeinden tätig sind.

Auch Feld betont in dem Bericht die Bedeutung der Integration, die in den letzten Jahren »besser gelungen sei, als anfangs gedacht«. Gleichwohl zeigten sich erhebliche Defizite in der gesellschaftlichen Teilhabe von Geflüchteten. Arbeitsmarktintegration sei nicht alles. Für beides zeige sich aber gleichermaßen, »wie bedeutsam der Spracherwerb ist«. Über die Sprache, das Ins-Gespräch-Kommen, das Miteinander-Reden gelinge Integration am ehesten. »Isolation befördert stattdessen die Probleme, welche die Befürchtungen der Einheimischen nähren«, so Feld in seinem Vorwort. Mit Agenturen  
Kommentar Seite 10

## Von Guardiola geehrt, von Conte blockiert

Während Barcelona Seenotretter mit Medaillen kürt, hält die italienischen Regierung ihre Häfen geschlossen

Carola Rackete und Oscar Camps wurden in der katalanischen Hauptstadt für ihren Einsatz für Flüchtlinge ausgezeichnet.

Von Fabian Hillebrand

Die deutsche Sea-Watch-Kapitänin Carola Rackete und der Gründer der katalanischen Rettungsorganisation »Open Arms«, Oscar Camps, sind am Dienstagabend in Barcelona für ihren Einsatz in der Seenotrettung mit der Ehrenmedaille des katalanischen Regionalparlaments ausgezeichnet worden. Die Feierlichkeiten finden traditionell am Vorabend des Nationalfeiertags La Diada statt. Die Medaillen wurden vom katalanischen Parlamentspräsidenten Roger Torrent verliehen, die Laudatio hielt Manchester-City-Coach Pep Guardiola.

Rackete hatte Ende Juni für Schlagzeilen gesorgt, als sie in Italien festgenommen wurde. Zuvor hat-

te sie ihr Schiff »Sea-Watch 3« mit 40 Migranten an Bord – ohne Erlaubnis und gegen die Anordnung des damaligen rechten Innenministers Matteo Salvini – in den Hafen von Lampedusa gesteuert. Sie begründete den Schritt mit der zweifelhafte Situation an Bord. Die 31-Jährige wurde nach zwei Tagen wieder freigelassen, das Verfahren gegen sie läuft jedoch noch.

Der katalanische Aktivist Oscar Camps hatte 2015 die Organisation

»Proactive Open Arms« ins Leben gerufen, um Migranten, die auf dem Seeweg nach Europa wollen, Hilfe zu bieten.

Während in Barcelona gefeiert wurde, hat am gleichen Abend das deutsche Schiff »Alan Kurdi« seine Rettungsmission vor Malta beendet. Die letzten fünf Migranten seien von Bord, bestätigte Sea-Eye Sprecher Gordon Isler dem »nd«.

Die »Alan Kurdi« hatte am 31. August 13 Menschen aus einem nicht

seetüchtigen Holzboot gerettet. Laut Sea-Eye war Malta für die Koordination des Rettungseinsatzes zuständig. Die Malteser ließen zunächst nur mehrere Härtefälle an Land. Am Dienstagmorgen hatten immer noch fünf Gerettete an Bord ausgeharrt.

Italien hatte der »Alan Kurdi« die Einfahrt in einen italienischen Hafen verwehrt. Isler kritisierte, dass sich die italienische Politik gegenüber Seenotrettern nach dem Ausscheiden der fremdenfeindlichen rechten Lega aus der Regierung anscheinend nicht geändert habe.

Rackete forderte deshalb in Barcelona konkrete Akte der Solidarität: »Eins möchte ich klar sagen: Medaillen und Worte werden nicht ausreichen.« Der gebürtige Katalane und Ex-Bayern-Coach Pep Guardiola sagte in seiner Rede: »Eine Welt, die nicht rettet, ist eine Welt, die untergeht, in der die Gesellschaften ertrinken.«

### Rackete in Berlin

Klimakrise, Flucht und Migration hängen eng miteinander zusammen – so lautet die These einer Veranstaltung am heutigen Donnerstag in Berlin. Sea-Watch-Kapitänin Carola Rackete diskutiert mit Nadja Charaby von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Tobias Bachmann von der Kampagne »Ende Gelände« über Menschenrechte in der Klimakrise.

12. September 2019 um 19:00 (Einlass ab 18:30 Uhr.) Kulturfabrik, Knaackstraße 97 in Berlin

ANZEIGE



SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd.Special | 20. September

### Klimastreik

Sie möchten unsere Aktionsausgabe zum 20. September bestellen und verteilen? Wir übersenden Ihnen Gratis-Exemplare (Mindestbestellmenge 25 Exemplare).

Bestellungen bitte bis 13. September per E-Mail: aboservice@nd-online.de, telefonisch: (030) 29 78 – 18 00 oder www.neues-deutschland.de/zeitungen

